

# Ein Neustart für Europa

**Bausteine für ein resilientes Europa in und nach der Corona-Krise**



## VDMA-Kernbotschaften:

- **Ein Signal europäischer Solidarität setzen:** Die Dimension der Corona-Krise erfordert, die Belastungen gemeinsam zu schultern, etwa durch Erweiterung des EU-Budgets oder Nutzung des ESMS. Subsidiarität und die Einheit von Haftung und Kontrolle müssen aber Prinzipien bleiben.
- **Europa jetzt voranbringen:** Mit nationalen Alleingängen, Grenzschließungen und Protektionismus ist ein Neustart nicht zu schaffen. Vielmehr sollte diese besondere Krise gerade dazu genutzt werden, den Blick nach vorn zu lenken, Europa voranzubringen und neue, europäische Ideen zu entwickeln und umzusetzen.
- **Den EU-Binnenmarkt als Basis für Widerstandsfähigkeit wiederherstellen und schützen:** Je volatiliter das internationale Umfeld und je schwieriger der Zugang zu anderen Märkten, desto wichtiger ist ein funktionsfähiger, offener und diskriminierungsfreier Heimatmarkt. Grenzen müssen unbedingt geöffnet werden.
- **Diskussion um Systemrelevanz beenden:** Unterscheidungen zwischen systemrelevanten und nicht-systemrelevanten Wirtschaftsaktivitäten sind in komplexen industriellen Lieferketten nicht durchführbar und führen zu planwirtschaftlichen Ansätzen und Genehmigungsbürokratie.
- **Ziele des „Green Deal“ beibehalten, aber auf Marktwirtschaft statt Bürokratie setzen:** Die Industrie wird sich auch nach der Corona-Krise weiterhin in Richtung Nachhaltigkeit wandeln. Dazu müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die nicht kleinteilige bürokratische Umsetzung erfordern, sondern den Wandel marktwirtschaftlich und technologieneutral anreizen. Nur dann können Corona-Recovery und Green Deal gleichzeitig angegangen werden.
- **Belastende Maßnahmen auf den Prüfstand stellen:** Die Unternehmen müssen derzeit nicht nur strukturelle Anpassungen bewältigen, sondern auch ihr Überleben sichern. Das erfordert erhebliche Anstrengungen und Ressourcen. Besonders belastende Maßnahmen – wie etwa die SCIP-Datenbank oder die verpflichtende CSR-Berichtsregeln – müssen verschoben oder verschlankt werden.
- **Liquiditäts- und Investitionshilfen nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben:** Wichtig ist, gesunden Unternehmen das Überleben zu sichern und Wertschöpfungsketten intakt zu halten. Der Wandel zur Nachhaltigkeit wird nur über den richtigen Rahmen und die marktwirtschaftliche Nachfrage nach sauberen und nachhaltigen Technologien gelingen, nicht über Investitionslenkung durch Behörden.
- **Krisenresilienz durch gute Standortbedingungen stärken, nicht durch Intervention:** Neujustierungen der Lieferketten müssen den Unternehmen überlassen werden, die Risiken, Kosten und Handlungsbedarf am besten einschätzen können. Die Aufgabe der Politik ist, für verlässliche Energie- und Informationsinfrastrukturen, faire Wettbewerbsregeln und ein modernes Innovationssystem zu sorgen und so die Basis für robuste Ökosysteme zu schaffen.
- **Welthandel ist Teil einer Resilienz-Strategie:** Das Ziel Souveränität darf nicht dazu führen, dass Freihandel in Frage gestellt wird. Der europäische Maschinenbau ist mittelständisch strukturiert und auf offene Absatzmärkte angewiesen. Die EU braucht mehr denn je Abkommen mit den wichtigsten Handelspartnern.
- **Zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehren:** Nachhaltigkeit bedeutet auch finanzielle Generationengerechtigkeit. Die Ausnahmen zu Krisenbewältigung dürfen kein Standard werden und die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung müssen wieder aufgenommen werden.

## Maschinenbau: Spürbare Störungen, unsichere Zukunft, Hoffnung auf Europa

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat auch den Maschinenbau getroffen und wird nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig eine Herausforderung für die Unternehmen darstellen. Kurzfristig haben die Disruption von Lieferketten durch Transport und Reisebeschränkungen sowie die Ausfälle von Lieferanten bereits Wirkung gezeigt. 45 Prozent der Unternehmen melden merkbare oder gravierende Auftragseinbußen oder Stornierungen. Auch die Lieferketten sind unter Druck, vor allem in Europa: Mehr als 90 Prozent der Maschinenbauer berichten von angebots- und nachfrageseitigen Störungen. Über die kurzfristige Perspektive hinaus ist zu erwarten, dass die Schocks auf Angebots- und Nachfrageseite sowie strukturelle Veränderungen in Beschaffungs- und Absatzmärkten das Umfeld für die Unternehmen ändern werden. Der Mix aus schwacher Weltwirtschaft, fehlender Auslastung und Unsicherheit in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wird die Situation auch langfristig beeinflussen. Den Unternehmen fehlt daher nicht nur Liquidität, sondern vor allem Planungssicherheit für Innovationen und Investitionen.

Damit sehen sich die Unternehmen jetzt drei Transitionsprozessen gegenüber: Dem digitalen Wandel, dem Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft und nun dem Überstehen der Corona-Krise. Damit dies gelingen kann, muss schnellstmöglich wieder ein stabiles und verlässliches Umfeld für langfristig nachhaltiges Wachstum geschaffen werden. Die nationalen Alleingänge, Grenzschießungen und protektionistischen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten zu Beginn der Pandemie haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärft und das Vertrauen in eine gemeinsame europäische Antwort auf die Krise zerstört. Dies darf sich nicht wiederholen. Im Gegenteil: Europa muss jetzt gestärkt werden, um einen erfolgreichen Neustart zu schaffen. Es gilt jetzt, das Ruder herumzureißen und diese besondere Krise zu nutzen, den Blick nach vorn zu lenken, Europa voranzubringen und neue, europäische Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

## 5-Punkte-Plan für Solidarität, Stabilität und Sicherung der Zukunft

Das wirtschaftliche Umfeld ist von extremer Unsicherheit geprägt: Auf der Nachfrageseite, auf der Angebotsseite und im gesellschaftlichen Umfeld. Politik muss alles tun, um zu einer Stabilisierung beizutragen. Störfeuer und Belastungen müssen so weit wie möglich vermieden werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, Kurs zu halten und die Vollendung des Binnenmarkts, die Kernziele des Green Deal und die Digitalisierung nicht aus den Augen zu verlieren. Europa ist aber nicht nur als ein verlässlicher politischer Rahmen und als strategische Orientierung gefordert, sondern muss sich auch als Gemeinschaft bewähren. Was jetzt notwendig ist, können Nationalstaaten allein nicht leisten. Der VDMA fordert daher, der Corona-Krise mit einer europäischen Initiative für Solidarität, Stabilität und Zukunftssicherung zu begegnen.

### 1. Signal der Solidarität setzen

Die Dimension der Corona-Krise erfordert, Belastungen gemeinsam zu tragen und an einem Strang zu ziehen. Es gilt, das Projekt Europa zu stärken – als Friedensprojekt, als Plattform der Zusammenarbeit und als Wirtschaftsraum für Wohlstand und Fortschritt. Der VDMA fordert daher von der Politik ein Signal für Zusammenhalt und Solidarität als Wegweiser für den Weg aus der Krise. Im ersten Schritt ist dazu eine pragmatische und

schnell umsetzbare Lösung notwendig, die bestehende Institutionen nutzt, wie etwa den ESM mit angepasster Konditionalität, die EIB-Gruppe, die EZB und den gemeinsamen Haushalt der EU. Vor allem die Erhöhung des EU-Haushalts stellt eine transparente und zielführende Maßnahme dar, die schnelles und effektives europäisches Handeln ermöglicht. Solidarische Maßnahmen auf europäischer Ebene, wie das bereits beschlossene europäische Kurzarbeitergeld „SURE“, sollten jedoch klar auf die Krisenbewältigung befristet und nicht für einen Systembruch genutzt werden. Die ordnungspolitischen Prinzipien der Subsidiarität und der Einheit von Haftung und Kontrolle sind weiterhin zu garantieren.

## 2. Binnenmarkt schützen und ausbauen

Eine zentrale Rolle als Stabilitätsanker nimmt der EU-Binnenmarkt ein: Je volatil das internationale Umfeld und je schwieriger der Zugang zu anderen Märkten, desto wichtiger wird es sein, sich auf einen funktionsfähigen, offenen und diskriminierungsfreien Heimatmarkt zu stützen. Der VDMA fordert daher:

- Grenzen im Binnenmarkt müssen so schnell wie möglich wieder geöffnet und der **freie Austausch von Waren, Personen und Daten** wiederhergestellt werden.
- Die Verfolgung von Infektionsketten mit Hilfe von Smartphone-Lösungen kann ein wichtiger Baustein im Rahmen der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten sein. **Eine App-Lösung für die Verfolgung von Covid-19-Infektionen muss aber unbedingt europaweit funktionieren.** Nationale, nicht europaweit kompatible technische Systeme sind Flickwerk und würden die dringend notwendigen Grenzöffnungen und den freien Personenverkehr erschweren.
- Es darf **keine Unterscheidung zwischen vermeintlich systemrelevanten und nicht-systemrelevanten Unternehmen oder Sektoren geben.** Diese Versuche sind in komplexen Lieferketten nicht durchführbar und stellen planwirtschaftliche Ansätze dar, die zu überbordender Genehmigungsbürokratie im Detail und wachstumshemmenden Ineffizienzen führen.
- Binnenmarktgesetzgebung muss europäisch sein. Eine **Renationalisierung von Gesetzgebung und nationale Flickschusterei** – etwa durch nationales „goldplating“ – **müssen vermieden werden.**
- Jetzt ist der richtige Moment, den Binnenmarkt voranzubringen und **binnenmarkt- und innovationsfördernde Maßnahmen vorzuziehen** oder endlich zum Abschluss zu bringen. Beispiele sind etwa das EU-Patent oder die Maßnahmen, die im „Single Market Barrier Report“ vorgeschlagen werden. Dabei müssen, wo immer möglich, die binnenmarktcompatiblen und innovationsfreundlichen Ansätze des „New Legislative Framework“ genutzt werden.
- Das **Öffentliche Auftragswesen** in der EU ist ein naheliegendes Instrument, um Wirtschaft und Investitionen anzukurbeln. Dafür ist es wichtig, dass die geplanten Investitionen durch das öffentliche Auftragswesen zeitnah getätigt werden und vor allem attraktiv für Bieter gestaltet werden.
- Bedingung für den Neustart unter Minimierung des Rückfallrisikos wird sein, **Pandemiemaßnahmen mit wirtschaftlicher Aktivität zu vereinbaren.** Insbesondere durch die Aufnahme der operativen Tätigkeit wird sich die Zahl der zu schützenden Mitarbeiter deutlich erhöhen. Besonders wichtig ist es daher, Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionen am Arbeitsplatz zu ergreifen. Für diese Maßnahmen gibt es bereits Regelungen und Vorschläge auf nationaler Ebene (beispielsweise in Deutschland durch das Ministerium für Arbeit und Soziales); eine

Koordinierung und Harmonisierung auf europäischer Ebene ist notwendig, um einheitliche Bedingungen zu schaffen.

### 3. Kurs halten und stabilisieren, aber Unternehmen entlasten

Nach den Ad-Hoc-Rettungsmaßnahmen muss der nächste Schritt sein, Planungssicherheit zu schaffen und Produktivität und Effizienz zu erhöhen. Die bisherigen strategischen Ziele der EU werden dadurch nicht herausgefordert: Industriestrategie, Digitalisierung und der Wandel zur Nachhaltigkeit bleiben richtig und wichtig. Es ist aber notwendig, über Priorisierung, Verhältnismäßigkeit und Eignung mancher Maßnahmen und Instrumente zu diskutieren.

- **Nachhaltigkeit und Klimaschutz bleiben trotz Corona sowohl zentrale Herausforderung als auch eine Chance für Europa und seine Industrie.** Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist gesetzt und der Green Deal wurde konzipiert, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Erreichung dieser Ziele zu unterstützen. Der VDMA sieht den Green Deal zusammen mit der EU-Industriestrategie als zentralen Baustein für die langfristige Transformation zu einem ökologischen, ökonomischen und sozialen Erfolgsmodell und unterstützt weiterhin das Klimaneutralitätsziel 2050. Ein Abweichen von diesen Zielen würde nicht nur wertvolle Zeit verschenken, sondern zu erneuter Unsicherheit bei Investitionen und Entscheidungen führen. Die Industrie wird sich auch nach der Corona-Krise weiterhin in Richtung Klimaneutralität wandeln und die Politik muss diesen Wandel unterstützen. Kontraproduktiv ist jedoch die nicht abreißende politische Debatte über die Zwischenziele bis 2050. Hier müssen Verlässlichkeit und Planbarkeit gelten!
- **Der Corona-Recovery-Plan sollte aber Anlass sein, verstärkt auf marktgestützte Anreize, passende Rahmenbedingungen und Technologieneutralität zu setzen** und auf bürokratische Detailregelungen zu verzichten. So werden Unternehmen im Detail entlastet, aber der Wandel effizient vorangetrieben und der Zielkonflikt „Überwindung der Wirtschaftskrise“ und „EU-Klimaziel 2050“ vermieden. Gerade in der derzeitigen Situation ist es zudem wichtig, international zu denken: Wirksame und effiziente Instrumente unter dem Dach der UNFCCC können die Technologieexporteure und -produzenten der EU stärken und mehr Klimaschutzmaßnahmen auf der ganzen Welt anregen. Der VDMA fordert daher nach wie vor die EU auf, sich für eine internationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung einzusetzen. Eine Abflachung der Kurve der globalen Treibhausgasemissionen kann auch zu kosteneffektiveren Ansätzen zur Erreichung der EU-Klimaziele im Rahmen des Pariser Abkommens führen.
- **Belastende Maßnahmen müssen auf den Prüfstand:** Die Unternehmen müssen derzeit nicht nur strukturelle Anpassungen bewältigen, sondern auch ihr Überleben nach der Krise sichern. Das erfordert erhebliche Anstrengungen und den Einsatz von derzeit besonders knappen Ressourcen, etwa um Prüf-, Nachweis- und Meldepflichten nachzukommen oder Abläufe neu zu gestalten. Der VDMA fordert daher die EU-Politik auf, besonders belastende Maßnahmen aufzuschieben, durch weniger invasive Optionen zu ersetzen oder Verschärfungen auf nachgelagerten oder nationalen Ebenen zu vermeiden. Konkret fordert der VDMA, die folgenden Regelungen auf den Prüfstand zu stellen:
  - Für die geplante **SCIP-Datenbank**, in die Erzeugnisse mit besonders kritischen Stoffen (mit einer Konzentration von mehr als 0,1%) ab dem 5. Januar 2021 eingetragen werden müssen, fordert der VDMA eine Fristverlängerung auf ein Jahr nach der tatsächlichen Fertigstellung der Datenbank. Die Verzögerung der Fertigstellung (ursprünglich geplant für

Januar 2020) und die zusätzlichen Pflichtfelder (über REACH Art. 33 hinaus) stellen die Unternehmen vor immense Herausforderungen. Bei hoher Produktvielfalt wird es unmöglich sein, den Personalaufwand aufzubringen und die Kosten zu stemmen. So werden im ersten Jahr aufgrund der Komplexität und der Variantenvielfalt von Maschinen zwischen 10.000 und 200.000 Datenbankeinträge je Unternehmen notwendig sein. Darüber hinaus fordert der VDMA, die Klärung und Einhaltung der gesetzgeberischen Kompetenzen der ECHA, die derzeit kurzfristig und selbstständig entscheidet, welche Angaben (in Bezug auf Pflichtfelder, Datenschutzkonzept und Know-how-Schutz) notwendig sind.

- Die geplante **Taxonomie zum „Sustainable Finance“ ist eine zusätzliche bürokratische Barriere und belastet die Investitionen und Finanzierungen, die für den Anschub zwingend notwendig sind.** Für den VDMA ist es von zentraler Bedeutung, dass es zu keiner Ausgrenzung von Technologien kommt. So müssen weiterhin alle Technologien, die einen Beitrag zur Reduzierung von Emissionen leisten können, einen Zugang zu nachhaltiger Finanzierung erhalten. Für die Ausgestaltung der technischen Kriterien unter der Taxonomie muss es daher eine Ausweitung und Einbindung aller emissionsarmen Technologien geben. Dabei kann es nicht sein, dass Technologien, die bisher nicht in der Positiv-Liste aufgeführt sind, über aufwendige Produktlebenszyklusanalysen und Zertifizierung durch Dritte ihre Emissionsreduktionspotentiale aufzeigen müssen. Dadurch entsteht für Hersteller von klimafreundlichen Technologien, die bisher nicht gelistet sind, eine große Kostenbelastung und ein bürokratischer Nachteil.
- Auch der geplanten **Überarbeitung der CSR-Richtlinie (nichtfinanzielle Berichterstattung)** steht der VDMA kritisch gegenüber, denn zur Diskussion steht nicht nur die Ausweitung des Umfangs der offenzulegenden Informationen, sondern auch die Erweiterung der Zielgruppe, auch auf KMU. Für eine durch KMU geprägte Branche wie den Maschinenbau erwachsen dadurch nicht unwesentliche Herausforderungen und Kosten bei der Erfüllung der Berichtsvorgaben. Vielen KMUs fehlt die „supply chain power“, um die geforderten Daten zu Nachhaltigkeits- und Umweltaspekten entlang der gesamten vorgelagerten Wertschöpfungskette darzustellen. Es ist daher von größter Bedeutung, dass administrativ handelbare Instrumente in diesem Kontext entstehen.
- **Ideen für eine Gesetzgebung zur Unternehmensverantwortung in Lieferketten bewertet der VDMA äußerst kritisch.** Ein verpflichtender und sektorübergreifender Ansatz würde eine enorme zusätzliche Belastung darstellen und nicht nur in der aktuellen Krise die finanziellen und personellen Ressourcen der Unternehmen überfordern. Dies gilt insbesondere für KMUs.
- **Auch die zukünftige Produktregulierung** und das Sammeln von Produktdaten entlang des Lebenszyklus erfordert von den Unternehmen Zeit und Personal. Die Basis für kreislauffähige Produkte ist ein funktionierender Sekundärrohstoffmarkt. Hier kann die Erarbeitung von Qualitätsstandards für recycelte Materialien und deren Wiederverwendung zentrale Eckpfeiler setzen. Die richtige Qualität und Quantität zu wettbewerbsfähigen Preisen machen den Einsatz von Sekundärrohstoffen für Unternehmen attraktiv und Kreislaufwirtschaft zum Erfolgsmodell.
- **Keine rückwirkende Geltung der Richtlinie zur Sammelklage:** Die Trilog-Verhandlungen sind derzeit ausgesetzt. In den weiteren Verhandlungen muss eine rückwirkende Anwendung ausgeschlossen werden, wie sie von einigen

Akteuren befürwortet wird. Nach dem Ende der COVID-19-Pandemie sind in großem Umfang Rechtsmittel für Verzögerungen und Störungen denkbar. Dies könnte zu einer rückwirkenden Klagewelle führen.

- **Das Kartellrecht muss ausreichende Flexibilität vorhalten:** Die Kartellbehörden haben bereits angekündigt, im Lichte des COVID-19 Ausbruchs pragmatisch handeln zu wollen und Unternehmen bei der Findung kartellrechtlich zulässiger Lösungen zu unterstützen. Wichtig ist dabei, dass Kooperationen, auch unter Wettbewerbern, einen entsprechend rechtssicheren Rahmen vorfinden. Vor allem KMU müssen schnell und einfach bewerten können, inwieweit eine kartellrechtliche Zulässigkeit gegeben ist. Die „GD Wettbewerb“ sollte hier für einen möglichst einfachen und sicheren Umgang mit dem Kartellrecht sorgen, z.B. mit Leitfäden und persönlichen Gesprächen. Fragen können auftreten etwa im Bereich der Beschaffung, Sicherstellung der Lieferketten, oder der Zusammenarbeit im Rahmen der Digitalisierung (Industrie 4.0). Die bereits in Aussicht gestellten „Comfort Letters“ sollten dabei ausgebaut werden; sie stellen einen wichtigen Baustein der Prüfung dar und erleichtern gerade kleineren und mittleren Unternehmen die Zusammenarbeit. Vermieden werden muss, dass aus Sorge vor Kartellbußen Pläne vorsorglich unterlassen werden.
- **Kein „Fahren auf Sicht“, sondern datenbasierte Navigation:** Ad-Hoc-Maßnahmen und Improvisation waren als Ersthilfe notwendig, können aber keine Orientierung für die Erholungsphase geben. Es ist daher unbedingt notwendig, die Datenlage – etwa durch Branchenumfragen und Marktanalysen – und den Dialog zu verbessern, z.B. durch eine „Recovery Task Force“ aus Wirtschaft und Politik.
- Die Corona-Krise hat nachdrücklich gezeigt, wie wichtig eine verlässliche und funktionsfähige **Infrastruktur** für die Resilienz ist. Die bereit gestellten Mittel zur Krisenbewältigung müssen vorrangig in den Ausbau der europäischen Infrastruktur fließen. So können kurzfristige Impulse mit nachhaltigen Investitionen kombiniert werden.
- Die derzeitige Praxis der Mitgliedsstaaten bei der Anwendung der **Entsenderichtlinie** stellte schon vorher eine Belastung für die Unternehmen dar – die Corona-Beschränkungen kommen nun hinzu. Der VDMA fordert weiterhin eine Überarbeitung des Rahmens der Entsenderichtlinie.

#### 4. Europas Kräfte freisetzen: Investitionen, Technologie und Zusammenarbeit

Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise werden immense finanzielle Mittel bereitgestellt. Die Rückzahlung dieser Kredite wird die europäische Wirtschaft auf Jahre hinaus belasten. Diese Aufgabe kann nur mit Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zugang zu Märkten gelingen. Die Recovery-Strategie muss daher vor allem eine Wachstumsstrategie sein, die Kräfte freisetzt und zu Investitionen ermutigt.

- **Liquiditätshilfen und Investitionsprogramme der EU müssen bei den Unternehmen ankommen:** Wichtig ist, gesunden Unternehmen das Überleben zu sichern und Wertschöpfungsketten intakt zu halten. Der Zugang zu Finanzmitteln muss fair, breitenwirksam, technologieneutral und auf Basis wirtschaftlicher Kriterien erfolgen.
- **Rahmen für die nachhaltige Transformation schaffen, aber keine Investitionslenkung durch Behörden:** Zentral gelenkte Entscheidungen über Investitionen darf es nicht geben, sondern es braucht einen Anreiz durch den richtigen Rahmen, in dem die marktwirtschaftliche Nachfrage nach emissionsarmen,

kreislauffähigen und nachhaltigen Technologien angekurbelt wird. Staatlich definierte Kriterien („Konditionalität“) zur Bevorzugung vermeintlich nachhaltiger oder essentieller Technologien/Sektoren würden ein Nadelöhr schaffen, das den Kapitalfluss behindert und den nachhaltigen Aufschwung verzögert.

- **Europäische Netzwerke und Ökosysteme stärken:** Mehr denn je gilt es nun, die Stärken und die Vielfalt Europas zu nutzen. Partnerschaften, Netzwerke und Kooperationen über Organisations- und Branchengrenzen können dazu beitragen, dass Lücken in Lieferketten und Innovationsprozessen geschlossen werden, neue Geschäftsmodelle entstehen und die besten Köpfe Europas an Lösungen arbeiten. Bestehende Netzwerke wie etwa „Factories of the Future“ müssen kurzfristig in den Dienst der Recovery-Strategie gestellt werden.
- **Digitalisierung vorantreiben, Technologien nutzen:** Digitalisierung ermöglicht neue Geschäftsmodelle und nachhaltige, resiliente Prozesse. Vor allem Plattformen und Datenaustausch können eine große Rolle spielen, etwa um Kapazitäten abzustimmen, Lieferketten zu schließen, Spezifikationen auszutauschen und neue Märkte zu erschließen. Barrieren, wie etwa kartellrechtliche Unklarheiten bei der gemeinsamen Nutzung von Daten, müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. Technologischer Fortschritt muss genutzt werden, um Produktivität zu erhöhen und Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Transferprojekte können Ergebnisse der Produktionsforschung in die KMU bringen und die Produktivität erhöhen.

## 5. Resiliente Ökosysteme schaffen – durch Wettbewerb, gute Standortbedingungen, solide Finanzpolitik und Freihandel

Schnelle Maßnahmen waren wichtig. Genauso wichtig wird aber sein, den **Weg zurück in eine Industrie zu finden, deren Widerstandsfähigkeit auf Marktwirtschaft und Wettbewerb basiert**. Alle Maßnahmen zur Beschränkung des Wettbewerbs müssen einer Befristung und einer (nachträglichen) Folgenabschätzung unterzogen werden. Gerade im Bereich des Wettbewerbsrechts dürfen keine irreversiblen Schäden am EU-Binnenmarkt verursacht werden. Resiliente Ökosysteme entstehen durch wettbewerbsfähige Unternehmen, technologische Exzellenz und faire, gute Rahmenbedingungen.

- **Krisenresilienz der EU-Wirtschaft und -Gesellschaft stärken** – durch eine verlässliche Energie- und Informationsinfrastruktur, faire Wettbewerbsregeln und ein leistungsfähiges Innovationssystem. Der Weg zu mehr Resilienz führt nicht über staatlich verordnete Produktion, sondern über Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Wissen. Die Zukunft wird neue, unbekannte Herausforderungen bringen, die andere Maßnahmen und Produkte erfordern werden.
- Die Erfahrungen der Corona-Krise haben die Verwundbarkeit international vernetzter Wertschöpfungsketten deutlich werden lassen. Eine Erhöhung der Resilienz und eine Nejustierung etwa durch Diversifikation der Lieferketten sind zu erwarten. Grundsätzlich muss die **Reorganisation der Wertschöpfungsketten den Unternehmen überlassen** werden, die Risiken, Kosten und Handlungsbedarf in ihren jeweiligen Märkten am besten einschätzen können. Die EU oder Nationalstaaten sollten nicht versuchen, in diese Prozesse einzugreifen, sondern vielmehr die Rahmenbedingungen so gestalten, dass diese Anpassungsprozesse möglichst effizient ablaufen können. Europäische Produktion entsteht dann, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Standort ist.
- **Welthandel ist Teil einer Resilienz-Strategie**. Wachstum und Wohlstand wird auch zukünftig nur mit gesunden internationalen Handelsbeziehungen möglich sein. Die



Diskussion um Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten darf nicht dazu führen, dass Freihandel in Frage gestellt wird. Das Ziel „Produktion in Europa“ muss mit Augenmaß geführt werden, denn Abschottung führt zu Wohlstandverlusten und verstärkt die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise. Der EU-Maschinenbau ist mittelständisch strukturiert und deshalb auf offene Absatzmärkte angewiesen. Um das in dem immer protektionistischeren Umfeld sicherzustellen, braucht die EU Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern. Auch beim Kapitalverkehr ist Protektionismus der falsche Weg. Beispielsweise setzt die verschärfte Prüfung von Auslandsinvestitionen gerade jetzt die falschen Zeichen. Der VDMA fordert, die Initiativen zum Abbau von Handelsbeschränkungen weiter intensiv zu verfolgen. Dazu gehören etwa die Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Konformitätsbewertung und Zölle auf Industriegüter sowie das Investitionsabkommen mit China.

- **Wettbewerbsregeln einhalten**, Ausnahmen für Staatsbeihilfen zurücknehmen, Staatsbeteiligungen vermeiden bzw. wieder zurücknehmen: Nur im fairen Wettbewerb werden Unternehmen fit für den Weltmarkt und Produkte nachhaltig und erschwinglich.
- **Zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehren** und die EU-Haushaltskriterien wieder einführen und beachten: Nachhaltigkeit bedeutet auch finanzielle Generationengerechtigkeit. Die Ausnahmen zur Krisenbewältigung dürfen kein Standard werden und die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung müssen wieder aufgenommen werden.
- **Wissen, Technologien und Methoden für die Zukunft entwickeln**: Wichtiger als vermeintliche Autonomie in einzelnen Wertschöpfungsketten ist die Beherrschung zukunftsweisender Technologien, Methoden und Wissens, beispielsweise von Engineering-Kompetenz, flexiblen Produktionsverfahren, Robotik- und Automatisierungstechnologien. Wichtig ist daher, gerade jetzt in Humankapital und Bildung zu investieren und die Kompetenzen im Bereich resilienter und flexibler Industrietechnologien zu erhöhen.

## Kontakte beim VDMA

### Holger Kunze

Geschäftsführung European Office

Wirtschaft

Telefon +32 2 7068213

E-Mail [holger.kunze@vdma.org](mailto:holger.kunze@vdma.org)

### Kai Peters

Industrie 4.0 & Digitalisierung & Forschung

Telefon +32 2 7068219

E-Mail [kai.peters@vdma.org](mailto:kai.peters@vdma.org)